

A stylized map of the African continent composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions or countries.

## Zuma sorgt für Burgfrieden im ANC

**AXEL SCHMIDT**  
Oktober 2010

- Auf dem kleinen ANC-Parteitag im September in Durban wurde Präsident Zumas Politik von den Delegierten bestätigt. Seine Widersacher, allen voran den Chef der Jugendliga Julius Malema, konnte er noch einmal in die Schranken verweisen. Eine Entscheidung über dessen Forderung nach einer Verstaatlichung der Minenindustrie wurde vertagt.
- Die Spannungen zwischen COSATU und ANC konnten vorläufig aufgehoben werden. Zuma erklärte sich bereit, das COSATU-Papier zu einer alternativen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie regierungsintern diskutieren zu lassen. COSATU sagte im Gegenzug zu, den ANC bei den anstehenden Kommunalwahlen im April 2011 zu unterstützen.
- Der ANC wird etwas sozialer, aber etwas undemokratischer. Eine seit langem geplante und dringend notwendige staatliche Pflichtkrankenversicherung wird eingeführt. Gleichzeitig war man sich einig, dass neue Gesetze zur Kontrolle der Medien und die Einschränkung des Zugangs zu Informationen eingeführt werden sollen. Mit der Überprüfung der Gesetzesvorlagen wurde das Parlament beauftragt.

Kaum war das Getöse der *Vuvuzelas* verhallt, vernahm man wieder die Kakophonie des regierenden African National Congress (ANC). Seit Monaten sorgten die ideologischen Flügelkämpfe zwischen den Allianzpartnern ANC, der kommunistischen Partei Südafrikas SACP und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU sowie die Rüpeleien einer aufbegehrenden ANC-Jugendorganisation für Schlagzeilen. Diese wurden von Meldungen über Filz, Vetternwirtschaft und Korruption innerhalb der politischen Klasse Südafrikas begleitet.

Präsident Zuma, dessen außereheliche Umtriebe ihn am Jahresanfang einen Tiefpunkt in seiner Popularität eingebracht hatten, gewann durch die erfolgreiche, fast pannenfrei durchgeführte Fußballweltmeisterschaft zeitweilig wieder an Statur. Den vielen Skeptikern weltweit und im eigenen Land hatten die Südafrikaner gezeigt, dass sie in der Lage sind, ein derartiges Großprojekt durch Bündelung aller Kräfte erfolgreich umzusetzen. Die Selbstbegeisterung verflieg jedoch schnell und der traurige Alltag kehrte zurück, als im August etwa 1,3 Millionen Angestellte im öffentlichen Dienst in einen dreiwöchigen Streik traten und zum Teil die öffentlichen Schulen und Krankenhäuser mit Gewalt lahmlegten.

## Spannungen in der Allianz

Der Streik verschärfte die seit Monaten schwelenden Spannungen zwischen ANC und COSATU. Der Gewerkschaftsflügel forderte eine progressivere Regierungspolitik und klagte die Bereicherungsmentalität einiger Amtsträger des ANC an, während sich die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit weiterhin verschlechterten. COSATU und die südafrikanischen Wirtschaftsführer klagten beide das eklatante Verschmelzen von Politik und Wirtschaft und das damit einhergehende zunehmende Ausmaß an Bestechlichkeit im Lande an.

Den derzeitigen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen ANC und COSATU machte Zwelinzima Vavi, Generalsekretär von COSATU, im August 2010 deutlich, als er öffentlich aussprach, dass die Allianz dysfunktional sei und Südafrika auf dem Weg, ein »räuberischer Staat zu werden, in dem eine machtvolle, korrupte und demagogische Elite von politischen Hyänen vermehrt den Staat nutze, um sich zu bereichern«. Er drohte sogar an, dass COSATU dem ANC die Unterstützung bei den landesweiten Kommunalwahlen im Jahr 2011 verweigern würde.

Während es so schien, als wären Präsident Zuma seine linken Bündnispartner abhandeln gekommen, drohte gleichzeitig auch die Stütze im rechten Lager wegzubrechen. Julius Malema, Präsident der ANC-Jugendliga, der 2008 noch »bereit war, für Zuma zu sterben«, forderte nun öffentlich die Verstaatlichung der Minen, eine umfassende Landumverteilung, eine politische Verjüngung der ANC-Führung und betonte, dass sich Zumas Mandat 2014 nicht automatisch um eine zweite Amtszeit verlängere. Einem parteiinternen Disziplinarverfahren im Mai 2010 zum Trotz, das ihm wegen parteischädigenden Verhaltens Zurückhaltung auferlegt hatte, brüskierte er weiterhin Präsident Zuma in der Öffentlichkeit. Es schien, dass in diesem Chaos dem für seine Moderationsfähigkeit gelobten Präsidenten Zuma die Kontrolle über seine antagonistischen Bündnispartner entglitten war.

## Ein Parteitag mit ungewissem Ausgang?

Vor diesem Hintergrund stand der im September geplante ANC-Parteitag in Durban unter düsteren Vorzeichen, und Auguren beschworen für Präsident Zuma ein ähnliches Schicksal, wie es seinen Amtsvorgänger Thabo Mbeki ereilt hatte. Wer jedoch bereits an das Ende von Zuma glaubte, hatte dessen Gerissenheit und politischen Überlebensinstinkt unterschätzt. In seiner Eröffnungsrede machte er anfänglich nervöser, dann aber zunehmend gelöster Zuma mit deutlichen Worten klar, dass der Parteitag kein Mandat habe, über neue Politiken des ANC oder über Führungspositionen zu entscheiden. Vielmehr diene er dazu, die 2007 getroffenen Politikempfehlungen zu überprüfen und weitere Umsetzungsschritte zu formulieren. Mit Blick auf COSATU und die SACP erinnerte er daran, dass in der Allianz der ANC den Ton angebe und nicht die Allianzpartner. Als dann Zumas harsche Kritik an der ANC-Jugendliga ihm großen Beifall der mehr als zweitausend Delegierten einbrachte, war die Machtfrage zunächst einmal geklärt und die Delegierten konnten ihre Arbeit in den verschiedenen Kommissionen aufnehmen.

Wie unsicher die Parteiführung über den Verlauf des Parteitages gewesen sein muss, verrät der Umstand, dass im Unterschied zu früheren Parteitagen die Öffentlichkeit und die Medien bis auf die Eröffnungs- und Schlussrede von Präsident Zuma vom Parteitag ausgeschlossen wurden. Vermutlich wollte man keine Zeugen

der antizipierten robusten Debatten haben, für die sich der ANC ansonsten lobt.

## Gewinner und Verlierer

Im Ergebnis präsentiert der Parteitag eine gemischte Bilanz. Präsident Zuma geht aus ihm gestärkt hervor, indem er sein Führungsmandat psychologisch erneuert, die Partei wieder auf Kurs gebracht und für Ruhe unter den divergierenden Interessensgruppen gesorgt hat. Es ist anzunehmen, dass Zuma künftig mit mehr Autorität und Durchsetzungswillen regieren wird als bislang. So schilderte ein nach dem Parteitag aufgeräumter Präsident Zuma in einem landesweit wiederholt ausgestrahlten Fernsehinterview die Gründe für sein zauderlich wirkendes Auftreten in den ersten Monaten seiner Amtszeit. Um die nach dem Sturz seines Vorgängers Mbeki entstandenen Risse im ANC nicht durch eigene Positionierung zu vertiefen, habe er sich in vielen Streitfragen öffentlich zurückgehalten und sich hinter den Kulissen um Versöhnung bemüht. Dass ihm dies wohl gelungen sein muss, zeigte der Parteitag selbst. Zahlreiche Größen der Mbeki-Ära übernahmen verantwortungsvolle Rollen in der Partei, und Zumas Abschlussrede wurde mit stehenden Ovationen der über zweitausend Delegierten belohnt.

Auf die Frage, ob er für eine zweite Amtszeit als Parteivorsitzender und Staatspräsident zur Verfügung stehen würde, äußerte er sich zum ersten Mal positiv. Sofern Zuma nun Führung zeigt und keine weiteren außerehelichen Eskapaden bekannt werden, dürfte er gute Chancen haben, vom ANC auf dem kommenden Parteitag 2012 nominiert zu werden. Dies ist sehr zum Verdruss von Cyril Ramaphosa, Tokyo Sexwale sowie Mathews Phosa und auch Lindiwe Sisulu, denen allen ein starkes Interesse an der Präsidentschaft nachgesagt wird.

Derzeitiger Verlierer des Parteitags ist eindeutig Julius Malema. Zuma machte ihm klar, dass sein undiszipliniertes Verhalten nicht weiter geduldet und die Parteiführung sich umgehend um die Reorganisation der Jugendliga kümmern wird. Als dann am Ende des Parteitags noch die einflussreiche ANC-Frauenliga Malemas frühere Verbalangriffe auf Helen Zille, Vorsitzende der oppositionellen *Democratic Alliance*, als sexistisch verurteilte, musste ihm gedämmert haben, dass für ihn nun eine politische Auszeit opportun sein würde. Mit ihm musste

auch Fikile Mbalula, ein früherer Jugendligavorsitzender und derzeit stellvertretender Polizeiminister, den Julius Malema auf dem Parteitag als Kandidaten für den Generalsekretärposten aggressiv ins Gespräch bringen wollte, einen Schritt zurücktreten. Malema hatte in diesem Machtpoker die Finesse und das politische Gewicht von Gwede Mantashe, dem derzeitigen ANC-Generalsekretär, unterschätzt, der die volle Unterstützung von COSATU und der SACP genießt. Während Mantashe sich die inhaltliche Vorbereitung des Parteitags vorbehalten und dabei exzellente Arbeit geleistet hatte, delegierte er die technische Organisation an Mbalula, der sich mit einer Reihe von Pannen den Unmut der Delegierten zuzog.

Neben Präsident Zuma ging als weiterer – zumindest momentaner – Gewinner Zwelinzima Vavi hervor. Durch Zugeständnisse seitens Zuma im Streit um den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung konnte er die Unterstützung von COSATU erneut sichern. So erklärte er sich bereit, das COSATU-Diskussionspapier zu einer alternativen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie regierungintern diskutieren zu lassen. COSATU sagte im Gegenzug zu, den ANC bei den anstehenden Kommunalwahlen im April 2011 zu unterstützen. COSATUs Auftrieb in der Allianz nutzend, nährte Mantashe nach dem Parteitag Spekulationen, dass Vavi ein geeigneter Kandidat für die 2012 anstehende Wahl des ANC-Generalsekretärs sei.

## Organisatorische und moralische Erneuerung des ANC

In seinem Bericht zur Lage der Partei nahm Generalsekretär Mantashe kein Blatt vor den Mund und offenbarte die Schwächen der Partei wie Korruption, Disziplinlosigkeit und organisatorisches Chaos. Der ANC sei zu einer Beschäftigungsagentur verkommen, der Leute beitreten, um reich zu werden. Politisches Engagement diene nur noch dem persönlichen Wohlergehen und habe keinen Basisbezug mehr. Dem Parteivorstand als wichtiger Entscheidungsinstanz fehle der Mut, Verstöße gegen die Parteiverfassung disziplinarisch zu ahnden. Trotz Sympathie der Delegierten für seine starken Worte ist fraglich, wie ernst sie genommen werden. Denn im gleichen Diskussionsdokument beschreibt Mantashe, dass die genannten Defizite seit 1996 auf fast jedem Parteitag des ANC beklagt, aber nie behoben wurden. Seine Worte wirkten umso surrealer, wenn man die notori-

sche Finanznot des ANC betrachtet, dem ein anonymer Wohltäter die Parteitagskosten von über drei Millionen Euro beglich. Um die Parteikasse aufzufüllen, vermietete der ANC Stellplätze an Firmen in den Tagungshallen und lud nur Geschäftsleute zum Gala-Dinner am Vorabend des Parteitags ein, die je nach Höhe des Obolus mit entsprechend gewichtigen Parteigrößen platziert wurden. Während das Abendessen mit einem Minister schon ab 10.000 Euro möglich war, musste man für die Ehre, am Präsidentsentisch zu sitzen, schon etwa 50.000 Euro investieren. In seiner Dinnerrede beruhigte Präsident Zuma die anwesenden Gäste, als er sagte, dass es »nicht falsch sei, wenn die Geschäftswelt in eine Partei investiere« und dass es Ausdruck von »weisem Geschäftssinn sei, in den ANC zu investieren«. Denn eine Partei, »die von mehr als 65 Prozent der Bevölkerung unterstützt würde, sei *good value for your money*«.

## Entwicklungsstaat, Reform der Gebietskörperschaft und Kaderentsendung

Um den angestrebten Entwicklungsstaat effizienter zu machen, beabsichtigt der ANC, mehr sektorpolitische Einheitlichkeit zwischen nationaler, provinzieller und lokaler Ebene herzustellen. Laut eines dem Parteitag vorgelegten Diskussionspapiers müsste dazu der politische Gestaltungsraum der unteren Gliederungen eingeschränkt werden. Mit Blick auf die desolote Finanz- und Verwaltungssituation einiger Provinzen und zahlreicher Kommunen ist beabsichtigt, die Zahl der Provinzen und Kommunen zu verringern, um größere, tragfähigere Einheiten zu erzielen. Weiterhin soll es künftig einen einheitlichen Wahltermin für National-, Provinz- und Kommunalwahlen geben. Zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen auf kommunaler Ebene will der ANC künftig verbieten, dass politische Mandatsträger höhere Verwaltungsfunktionen in Kommunen einnehmen können. In selbstkritischen Untersuchungen hatte der ANC festgestellt, dass die eigene Parteipatronage zum großen Teil verantwortlich ist für die Dysfunktionalität zahlreicher Kommunen. Die Patronage besteht u.a. darin, dass verdiente, aber unqualifizierte »Parteisoldaten« auf lukrative Posten in den Gemeindeverwaltungen abgeschoben werden, weil sie anderweitig nicht verwendbar sind. Gegen diese Pläne haben einige Provinzen, aber auch Gewerkschaften Widerstand angemeldet. So befürchtet u.a. die oppositionelle mehrheitlich weiße DA, die in der Provinz Western Cape mit absoluter Mehrheit regiert,

durch eine Zusammenlegung ihrer Provinz mit Eastern Cape die politische Mehrheit an den ANC zu verlieren.

Die geplanten Reformen können in Bezug auf eine verbesserte öffentliche Dienstleistung Sinn machen. Fraglich ist jedoch, ob die intendierte Zentralisierung politischer Entscheidungen zu mehr Demokratie führen wird und ob die nationale Ebene die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten für eine komplexere Verwaltung hat, die dann auch noch bürgernah sein soll.

## Staatliche Krankenversicherung

Um den chronisch schlechten Gesundheitszustand eines Großteils der südafrikanischen Bevölkerung zu verbessern, bemüht sich der ANC seit Jahren, eine staatliche Krankenversicherung einzuführen. Er scheiterte bislang am Widerstand der privaten Krankenversicherungen und am eigenen Finanzminister, dem das Projekt finanziell untragbar erscheint. Der jetzige Entwurf, der vom Parteitag angenommen wurde, könnte endgültig den Durchbruch bedeuten. Er sieht eine staatliche Pflichtkrankenversicherung vor, die ähnlich wie in Großbritannien freien Zugang zu staatlichen Gesundheitsdiensten ermöglicht und den Besserverdienenden die Option auf eine private Versicherung lässt. Das Projekt soll ab 2012 eingeführt und sukzessive über 14 Jahre ausgebaut werden. Die staatliche Pflichtversicherung wird nach heutiger Kalkulation im Jahr 2012 etwa 14 Milliarden Euro kosten und im Jahr 2025 etwa 42 Milliarden Euro. Finanzieren soll sich die Versicherung über Steuern sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile. Diese Reform wird eine erhebliche finanzielle Herausforderung für den südafrikanischen Staat und seine Steuerzahler darstellen. Derzeit kommen die 5,3 Millionen Steuerzahler bereits für 12,3 Millionen Sozialhilfeempfänger auf. Angesichts des äußerst desolaten Zustands der öffentlichen medizinischen Einrichtungen befürchten Skeptiker, dass Südafrika nicht die Kapazitäten haben wird, die Reform erfolgreich umzusetzen. Zum einen erfüllen die wenigsten öffentlichen Krankenhäuser die Auflagen und Standards, die die Versicherung fordern wird. Zum anderen wird eine Erosion der qualitativ noch guten privaten medizinischen Einrichtungen befürchtet, wenn sie ihre Tore für staatlich Versicherte öffnen müssen. Darüber hinaus hat Südafrika nicht genug Fachpersonal, um die angestrebten medizinischen Dienstleistungen anbieten zu können.

## Wirtschaftliche Transformation und Verstaatlichung

Im Diskussionspapier zur wirtschaftlichen Transformation Südafrikas schrieb der ANC viele seiner Forderungen fort, die er bereits 2007 auf dem Parteitag von Polokwane aufgestellt hatte: menschenwürdige Arbeit und Beschäftigungswachstum, ökonomische Umverteilung und eine breite schwarze Teilhabe im Management der Privatwirtschaft. Kurz vor Konferenzbeginn präsentierte COSATU der Öffentlichkeit ein Diskussionspapier, in dem der Gewerkschaftsdachverband umfassend darlegte, wie Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung aus gewerkschaftlicher Sicht zu erzielen sei. Ignoriert man die mit sozialistischen Worthülsen gespickte Einleitung des Dokuments, entdeckt man teils heterodoxe, teils pragmatische Politikvorschläge, die es verdienen, vertieft diskutiert zu werden. Das Dokument setzt auf jeden Fall Ebrahim Patel, Minister für Wirtschaftliche Entwicklung, unter Druck, der seit einem Jahr über einem analogen Regierungsdokument brütet.

Mit Spannung wurde die Debatte zur Frage der Nationalisierung der Minen erwartet, die von der ANC-Jugendliga auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Hier hatte sich der ANC bislang bedeckt gehalten, jedoch der internationalen Wirtschaft regelmäßig versichert, dass dies für die Regierung kein Thema sei. Die Jugendliga hatte in ihrem Diskussionspapier für den Parteitag vorgeschlagen, Kontrolle und Eigentum über die Minen und Mineralvorkommen Südafrikas einer staatlichen Mininggesellschaft zu übertragen, die beim Ministerium für Mineralvorkommen anzusiedeln sei. So ließen sich – so die Jugendliga – Staatseinkünfte für notwendige Investitionen aufstocken, die im Bildungs-, Erziehungs-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich notwendig seien.

Der Vorstoß wird vom ANC-Establishment und vor allem von der kommunistischen Partei skeptisch betrachtet. Es wird vermutet, dass es Julius Malema dabei weniger um wirtschaftliche Transformation und das Wohlergehen der armen Bevölkerung Südafrikas geht, als vielmehr darum, in finanzielle Schwierigkeiten geratene schwarze Minenbesitzer und Anteilseigner auszulösen. So kam es dann auch in der Wirtschaftskommission des Parteitags zu tumultartigen Szenen, als die Jugendliga versuchte, ihre Punkte zu forcieren. Da der Parteitag kein Mandat hatte, neue Politiken zu verabschieden, wurde als Kompromiss

verabschiedet, dass der Parteivorstand nach ausgiebiger wissenschaftlicher Beratung für den nächsten 2012 anstehenden Parteitag Empfehlungen aussprechen wird, wie der ANC sich in der Frage der Verstaatlichung von Minen positionieren soll. Interessanterweise wird Malema in der Nationalisierungsdebatte von Persönlichkeiten wie Tokyo Sexwale unterstützt, der seinen Reichtum über *Black Economic Empowerment* im Minengeschäft gemacht hat.

Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass sich der ANC nicht für die Verstaatlichung entschließen wird. Der Bergbausektor spielt weiterhin eine wichtige, aber in der Tendenz eher abnehmende Rolle in der südafrikanischen Wirtschaft. Sollten die Minen verstaatlicht werden, haben laut Verfassung ausländische Eigentümer ein Recht auf marktgerechte Entschädigung. Konservative Schätzungen zeigen, dass potenzielle Kompensationszahlungen die Höhe eines gesamten Jahresbudgets Südafrikas erreichen könnten.

Die Miningindustrie hat in den letzten Jahren kaum Kapitalinvestitionen zur Modernisierung und Effizienzsteigerung vorgenommen. Diese Kosten kämen dann auf den Staat als neuen Eigentümer zu. Südafrikas öffentliche Unternehmen und Einrichtungen weisen enorme Verluste in ihren Bilanzen auf und leiden unter politischer Einflussnahme im Management. Es gibt keine Indizien dafür anzunehmen, dass staatliche Mininggesellschaften besser geführt werden als der defizitäre staatliche Stromriese ESKOM. Zusatzkosten der Verstaatlichung verbergen sich in der konjunkturzyklischen Natur der Miningindustrie. In Zeiten des Preisverfalls von Rohstoffen müssen sich Minen für große Finanzspritzen an ihre Anteilseigner wenden wie es jüngst in der Weltwirtschaftskrise zu erleben war. Wirtschaftsabschwünge lassen aber auch das staatliche Budget schrumpfen, wobei dann die Minensubventionen in eine enorme Konkurrenz zu anderen Politikfeldern geraten.

Angesichts dessen, dass der ANC fest entschlossen ist, ab 2012 mit erheblichem Kostenaufwand eine gesetzliche Pflichtkrankenversicherung (NHI) einzuführen, wird eine umfassende Verstaatlichung der Minen nicht infrage kommen. Präsident Zuma unterstrich in einem Fernsehinterview nach dem Parteitag mehrmals, dass die NHI für ihn und den ANC Priorität habe.

## Medientribunal

So zerstritten wie der ANC personell und politisch vor dem Parteitag auftrat, so einmütig waren die über 2.000 Delegierten in ihrer Wut auf die südafrikanische Presse. Man mag über deren Qualität und journalistische Professionalität geteilter Meinung sein. Man kann ihr aber bei der Aufdeckung von Filz, Korruption und Schlendrian in Politik und Verwaltung kein mangelndes Engagement nachsagen – sehr zum Leidwesen derjenigen, die ihre Pfründe oder Inkompetenz öffentlich zur Schau gestellt sehen. Schon auf dem Parteitag von Polokwane im Jahr 2007 war eine Empfehlung verabschiedet worden, die Transformation im Mediensektor voranzutreiben und ein Medientribunal zu schaffen. Letzteres wurde in einer Diskussionsvorlage für die Medienkommission des Parteitags präzisiert.

Zurzeit werden Pressebeschwerden durch den südafrikanischen Presserat und einen Ombudsmann in eigener Verantwortung behandelt. Wer seine Beschwerden dem Ombudsmann vorträgt, verpflichtet sich selbst, den Schiedsspruch anzuerkennen und keinen legalen Rekurs vor einem ordentlichen Gericht zu suchen. Angesichts dessen, dass Verleumdungsklagen vor Gericht kostspielig und zeitaufwendig sind, soll ein spezielles Medienberufungsgericht (MAT) geschaffen werden, das Pressebeschwerden entgegennimmt und berechtigt ist, rechtsgültige Strafen für Journalisten zu verhängen.

Die Diskussionsvorlage erregte im Vorfeld des Parteitags erheblichen Unmut bei den Zeitungsherausgebern und der Zivilgesellschaft. Selbst die internationale Gemeinde nahm davon Kenntnis und bat u.a. Präsident Zuma, von der Errichtung eines Medientribunals abzusehen. Der Parteitag plädierte dennoch entschlossen für die Umsetzung einer modifizierten Empfehlung. Abweichend vom Ursprungstext wird nun nicht eine ANC-Kommission, sondern das südafrikanische Parlament beauftragt zu prüfen, wie ein solches Medientribunal ausgestaltet werden sollte. Entgegen der Forderung zahlreicher Delegierter, das Tribunal in den nächsten sechs Monaten zu etablieren, soll das Parlament, in dem der ANC zwei Drittel der Abgeordneten stellt, einen graduellen Ansatz verfolgen, um mögliche verfassungsrechtliche Einwände aufzufangen. Diese gibt es in der Tat, denn der Entwurf wurde wohl mehr mit Wut im Bauch als mit kühlem juristischen Sachverstand verfasst. Auch wenn der jetzige Beschluss gegenüber dem Ursprungstext abgeschwäch-

ter wirkt, darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass der südafrikanischen Presse ein Maulkorb verpasst werden soll. Kürzlich erschienene Studien zeigen, dass die selbstregulierenden Instanzen der Presse sicherlich verbesserungswürdig, aber durchaus ihrer Aufgabe, objektiv und zeitnah auf Pressebeschwerden einzugehen, gewachsen sind.

Das anvisierte Medientribunal muss im Licht des sogenannten *Protection of Information Bill* gesehen werden, den das Parlament derzeit berät. Das geplante Gesetz wird der Regierung breite Vollmacht geben, Informationen, die bislang öffentlich zugänglich sind, als geheim einzustufen und ihre Veröffentlichung mit bis zu 25 Jahren Gefängnis zu bestrafen. Eine sukzessive Einschränkung der Medien- und Meinungsfreiheit könnte die Regierungsbündnis beeinträchtigen und insbesondere das Verhältnis von ANC und COSATU erneut belasten. Im Vorfeld des Parteitags hatte sich COSATU gegen ein Medientribunal und für eine Stärkung der existierenden Strukturen ausgesprochen.

## Ein Ruck nach links?

Die Bewertung des Parteitags fällt nicht leicht. Sicherlich hat Zuma für zeitweilige Ruhe im ANC gesorgt, dennoch gibt es in der Partei eine Reihe Persönlichkeiten, die ambitioniert sind und nicht ruhen werden, ihre Interessen voranzutreiben. Trotz aller äußerlichen Spannungen ist die Allianz im Grunde genommen gefestigt. Die kommunistische Partei würde niemals aus der Allianz ausscheren, weil sie bei Wahlen keine Überlebenschance hat. COSATU wiederum fehlt es an Personal und organisatorischer Kapazität, eine eigene Arbeiterpartei zu gründen. Eine weitere Abspaltung von Unzufriedenen ist nicht zu erwarten. Nach dem fulminanten Aufstieg und ebenso rasanten Absturz des *Congress of the People* (COPE) ist vielen klar, dass man sein Heil besser im ANC als außerhalb suchen muss.

In dem Maße, wie der ANC sich sozialer gibt, zeigt er sich auch undemokratischer. Der ANC unter Zuma hat bei Weitem nicht den autoritären Charakter wie unter Mbeki, doch ist ein ungutes Gefühl in der Zivilgesellschaft zu verspüren, die bei aller Sympathie zum ANC auf Distanz geht und sich in neuen bürgerrechtlichen Vereinigungen zusammenschließt, um die progressive Verfassung Südafrikas zu schützen und zu fördern. Wie stark die Zivilgesellschaft werden wird, bleibt abzuwarten.



### Über den Autor

**Axel Schmidt** ist seit November 2008 Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Johannesburg/Südafrika.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Afrika  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Michèle Auga, Leiterin des Referats Afrika  
Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Tel.: ++49-30-26935-7440 | Fax: ++49-30-26935-9217  
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen / Kontakt:  
[Renate Tenbusch@fes.de](mailto:Renate.Tenbusch@fes.de)